

Waldfelden? Nein! DKP setzt Bürgerbefragung durch

In der Mörfelder Stadtverordneten-Versammlung wurde ein DKP-Antrag angenommen, wonach in Mörfelden alle Einwohner über den künftigen Namen der Stadt befragt werden sollen. Die DKP-Fraktion begründete den Antrag u.a. wie folgt:

In den vergangenen Monaten seit Bekanntwerden des Beschlusses der Landesregierung, die zwangsfusionierten Städte mit dem Namen „Waldfelden“ zu bezeichnen, gab es Proteste gegen diesen Namen und wurden Unterschriften dagegen gesammelt. Auch von solchen Seiten, die sich für, bzw. nicht entschieden gegen eine Fusion eingesetzt haben.

Wir, die DKP-Fraktion haben schon vor dem Fusionsbeschuß die anderen Parteien aufgefordert, sich unserer Forderung nach einer Bürgerbefragung anzuschließen, ob Mörfelden selbständig bleiben soll oder nicht.

Damals standen wir mit dieser demokratischen Forderung allein. Jetzt gilt es, das Gewicht der Meinung der gesamten Bevölkerung in die Waagschale zu werfen, um den geschichtslosen, künstlichen Namen vom Tisch zu wischen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß Bürgerbefragungen ein wichtiges demokratisches Mittel sind, um den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Den drei anderen Parteien schmeckte dieser Antrag nicht, deshalb kam es auch in der Diskussion zu starken Worten und grotesken Eiertänzen. SPD-Fraktionsvorsitzender Brehl, im Prinzip gegen Bürgerbefragungen, erklärte:

„Unsere demokratischen Spielregeln

nach der Verfassung sehen grundsätzlich anders aus!“ Und weiter:

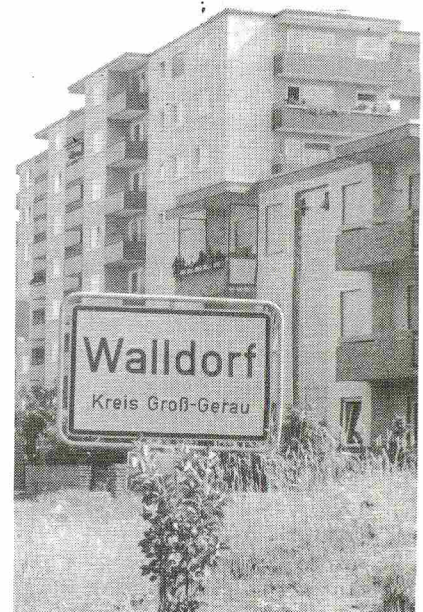
„Es könne nicht angehen, wenn einer bestimmten Partei oder Fraktion diese und jene Entscheidung nicht passe, sofort den Ruf nach einer Bürgerbefragung erhebe.“

Ganz stark wurde er mit der Formulierung: „Dieses Parlament hat die Fusion beschlossen, ob das einer Fraktion oder Partei paßt oder nicht.“

CDU-Sprecher Peetz behauptete selbstsicher, seine Fraktion kenne die Meinung der Bürger, Bürgerbefragungen brauche man nicht.

Er stellte den Antrag den DKP-Antrag an den Ausschuß zurückzuverweisen. Ein „Begräbnis erster Klasse“ also.

FDP-Schmidt machte dann die größten Eiertänze. Er begrüßte den DKP-Antrag, zog aber gleichzeitig die Bremse, die FDP wollte keinen festen Termin für die Befragung (Die DKP wollte die Bürgerbefragung noch in diesem Herbst, damit genügend Druck auf Wiesbaden ausgeübt werden kann). Jedenfalls — der Antrag wurde angenommen —, ein Termin aber wurde nicht festgelegt. Bei der ganzen Diskussion zeigte sich, die Stadtverordneten, die am 28. Februar 1974 die Fusion beschlossen, haben jetzt schon Schwierigkeiten mit den Folgelasten, die sie von ihren „Oberen“ aufgebürdet bekommen. Wichtig ist aber, bei der ganzen Diskussion, daß der Antrag trotz aller Störmanöver angenommen wurde.



Mörfelden und Walldorf — zwei geschichtliche Namen. Es gibt keinen Grund sie durch einen Kunstnamen zu ersetzen.

Wieviel Wald fällt?

In mehreren Zusammenkünften (Fraktionssitzungen, Mitgliederversammlungen) hat sich unsere Partei mit der Verkehrsplanung unserer Stadt und mit den damit zusammenhängenden Problemen befaßt.

Die DKP-Fraktion ist der Meinung, daß die Anlieger der Langener-, Westend- und Rüsselsheimer Straße sowie der Groß Gerauer Straße und des Gärtnerweges ein Recht auf Minderung des Verkehrslärms, aber auch alle Mörfelder Bürger ein Recht auf Erholung und gesunde Umwelt haben.

Durch Verbreiterung der Bundesautobahn mit neuen Zu- und Abfahrten, durch in den letzten Jahren immer stärker werdenden Fluglärm, durch die vielen Kiesgruben und Waldverluste sind unsere Naherholungsgebiete sehr stark eingeschränkt worden. Weitere Gefahren drohen unserer Umwelt durch die geplante Ausdehnung des Rhein-Main-Flughafens sowie einer neuen Bundesbahnstrecke und des zusätzlich vorgesehenen S-Bahngleises.

Die einem Großteil unserer Bürger sicherlich spürbare Erleichterungen bringende neue Süd-Umgehungsstraße ist vierspurig, von dem Stadtteil an den Eichen bis zur Nikolauspforte (hinter dem jetzigen Bahnübergang Groß Gerauer Straße) geplant. Sie soll zwischen dem Mörfelder Industriegebiet und der Mülldeponie in Richtung Lindenstück südlich des Gewerbegebietes vorbeiführen. Außerdem ist von der Stelle aus, wo sie auf die jetzige Groß Gerauer Straße trifft, eine Verbindung zur B 486 (Rüsselsheimer Straße) zum sogenannten „Schlangenloch“ (nahe Mönchbruch) vorgesehen. Hierbei müßten gewaltige Wald- und Wiesenflächen geopfert werden.

Für die drei übrigen Parteien im Stadtparlament ist dies alles bereits beschlossene Sache. Die DKP-Vertreter machen sich die Entscheidung, in anbetracht der vielen Nachteile, nicht leicht. Sie meinen, daß einem weiteren Waldverlust Einhalt geboten werden muß und stellen untenstehenden Anfrage an den Magistrat. Weiterhin sind sie der Meinung, daß bei solchen tiefgreifenden, die Umwelt noch sehr belastenden Entscheidung die Bevölkerung mehr hinzugezogen werden müsse. Dieses Thema wäre allein für eine Bürgerversammlung abendfüllend.

Nutzen der Entspannung

Jeder möge sich erinnern. Seit dem Abschluß des Moskauer Vertrages zwischen der Sowjetunion und der BRD wurden Verträge mit der Volksrepublik Polen, mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern und das Vierseitige Abkommen über Westberlin abgeschlossen. In diesen Verträgen wurden die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen akzeptiert, die Vertragspartner verpflichteten sich, auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung zu verzichten. Wer wirklich an Frieden und Entspannung interessiert ist — und die arbeitenden Menschen sind es doch in erster Linie —, der erkennt den Unterschied zur Periode des Kalten Krieges.

Aber weiter. In den erwähnten Verträgen geht es auch um die Erweiterung von gegenseitiger Zusammenarbeit, um Handelsbeziehungen und vieles mehr. Jeder möge prüfen! In den Wirtschaftszweigen die gute Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten haben, gibt es weniger Arbeitslosigkeit. Ein Beispiel: Der Mannesmann-Konzern ist in der Produktion von Großrohren ausgebucht. Die Aufträge der Sowjetunion sichern schon seit Jahren einigen Tausend Arbeitern und Angestellten dort ihren Arbeitsplatz. Für sie hat die Entspannungspolitik — für die eben diese Mannesmann-Arbeiter sich aktiv einsetzen, als es um die Ratifizierung des Moskauer Vertrages ging — sichtbare Früchte gebracht.

In der Tat: In den letzten Jahren hat sich immer mehr die Entspannungspolitik durchgesetzt, weil sie den Interessen der Mehrheit der Menschen auch unseres Landes entspricht. Davon zeugt auch, daß die in Genf stattfindende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von ihrem erfolgreichen Abschluß steht. Trotz jahrelanger Bemühungen der Entspannungsgegner, diese Konferenz platzen zu lassen, einigten sich inzwischen die Vertreter aller europäischen Staaten, der USA, und Kanadas über wesentliche Prinzipien der Zusammenarbeit und der Sicherheit in Europa. Gerade die Ergebnisse dieser Konferenz beweisen, daß der Entspannungsprozeß weitergehen muß.

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wieviel Waldfläche wird nach dem heutigen Stand der Planung bei der Neutrassierung der B 44 / B 486 verloren gehen, und zwar
 - a) im Bereich an den Eichen
 - b) im Bereich Lindenstück — Hegbachgebiet
 - c) im Bereich Nikolauspforte bis Schlangenloch

und wer sind im Einzelnen die Eigentümer (Kommune, Staat) ?

2. Wieviel Wiesengelände wird den Straßen zum Opfer fallen, und zwar
 - a) zwischen jetziger B 486 und Darmstädterstraße
 - b) zwischen Steigbergsschneißer und Schlangenlochund wer ist hierbei Eigentümer (Privat, Kommune, Staat) ?
3. Um wieviel würde sich der Verlust an Wald und Wiesen verringern, wenn die Straßenführung von der Nikolauspforte zum großen Teil entlang der Steigbergsschneißer verlaufen würde.
4. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, den Waldverlust durch Aufforstungen an anderer Stelle bereits vor Beginn der Straßenbauarbeiten auszugleichen.

Begründung:

Zur Zeit ist die geplante Trassenführung der beiden Bundesstraßen noch bei großen Teilen der Bevölkerung in der Diskussion, aber auch vielen noch gar nicht bekannt.

Außerdem stehen diese Fragen in engem Zusammenhang mit dem Generalverkehrsplan und dem neuen Bebauungsgebiet Nord II, so daß die Beantwortung unserer Fragen auch für die Meinungsbildung der übrigen Parteien sowie der gesamten Bevölkerung von Nutzen wäre.

Achtung!

Wir suchen ein Sitzungszimmer für 20 – 30 Personen in Mörfelden. Evtl. dazu einen kleinen Nebenraum. Möglich sind auch Räume, die wir selbst ausbauen können. Alle Mitglieder der DKP-Mörfelden nehmen Hinweise entgegen

DKP
Mörfelden

Verbesserung der ärztlichen Versorgung bleibt aktuell

Eigentlich wollten wir in diesem „Blickpunkt“ nicht auf Fragen der ärztlichen Versorgung eingehen. Aber da gibt es eine Erklärung der SPD-Mörfelder, auf die man antworten muß.

Man unterstellt uns, wir glaubten die **einzigen** zu sein, die sich um ärztliche Versorgung Gedanken machten. Das ist nicht richtig. Wir gehen davon aus, daß Anhänger aller Mörfelder Parteien über die Verbesserung der ärztlichen Versorgung nachdenken.

In der SPD-Erklärung heißt es, die Mörfelder DKP würde um die ärztliche Versorgung „den meisten öffentlichen Wind“ machen. Wir fragen unsere Leser, ist es denn schlecht, wenn man sich intensiv um eine Sache kümmert, die der Bevölkerung auf den Nägeln brennt? Ist es denn im Gegenteil nicht gut, wenn man in einer solchen Frage laufend „am Ball“ bleibt?

Die SPD-Erklärung behauptet, daß es keine Ärzte gebe, die sich in einem Ärztehaus niederlassen wollen. Diese Darstellung ist falsch. Wir sind in der Lage, eine Reihe junger Ärzte zu nennen, die sehr wohl Interesse an einer solchen Einrichtung zeigen. Bleibt die Frage offen, was eigentlich den Verfasser des SPD-Artikels, Bernhard Brehl, bewegt, gegen die DKP zu polemisieren. Will er damit nur vertuschen, daß die SPD in dieser Frage keine Alternative anzubieten hat. Oder ist Brehl nur gegen diese Vorschläge, weil sie von der DKP kommen?

Wir glauben, daß die Verbesserung der ärztlichen Versorgung in unserer Stadt auf der Tagesordnung bleiben wird und daß sich alle politischen Gruppen darum bemühen müssen.

Wir halten unseren Vorschlag, ein Medizinisch-Technisches Zentrum in Mörfelden zu errichten nach wie vor für einen praktikablen und notwendigen Schritt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Gruppenpraxen, Ärztehäuser, Medizinisch-Technische Zentren in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. (Wenn die Kassenärztliche Vereinigung im Bezirk Darmstadt 10 Ärztehäuser bauen will, so spricht das ebenfalls für diese Annahme).

Ein solches Ärzte-Zentrum kann natürlich nicht die niedergelassenen Ärzte ersetzen, sondern muß ihnen ermöglichen, sich auf ihre medizinisch-sozialen Aufgaben zu konzentrieren.

Durch entsprechende apparative Ausrüstung der Gemeinschaftspraxen wür-

Ein Modell, das Zukunft hat

Das Modell eines Sozialzentrums mit Ärztehaus, das möglicherweise vorerst im alten Rathaus unzubringen wäre, braucht nach unserer Auffassung folgende Abteilungen:

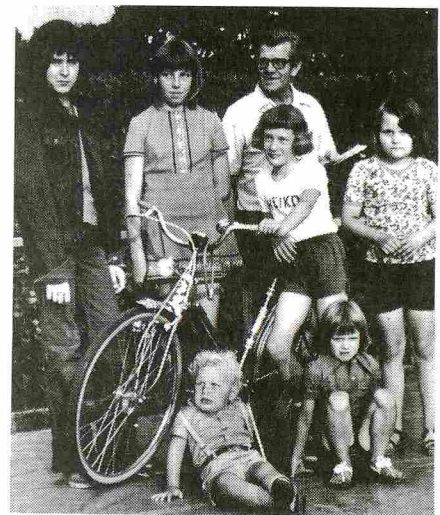
1. Sozialabteilung mit Sozialberatung, Kindergarten mit Spielraum für die Kinder den Arzt aufsuchender Mütter.
2. Ärztehaus mit Unterabteilungen:
 - a) Durchgangsarzt und schnelle Hilfe bei lebensbedrohlichen Zuständen (diese Abteilung könnte zu einem Werkarztzentrum erweitert werden, was für Mörfelden zunehmend an Bedeutung gewinnt)
 - b) Vorsorgemedizin und Früherkennung mit Geschwulstberatung, Schwangerenberatung, Mütter-schule
 - c) Praxisräume der Fachrichtung: Innere Medizin, Frauenheilkunde, Kinderheilkunde, Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohren, Nervenheilkunde, Allgemeinmedizin (damit die Mörfelder Bevölkerung nicht wegen einer neuen Brille nach Frankfurt oder Groß-Gerau muß).
 - d) Diagnoseabteilung mit zentralem Röntgeninstitut und Zentrallabor
 - e) Dokumentation und Abrechnung zentrale Diktatanlage für alle Ärzte
3. Rehabilitationsabteilung mit Gymnastikraum etc.
4. Kommunikationszentrum mit Diskussionsraum, Bibliothek, Seminarräumen für Erste Hilfe-Kurse und andere Formen der Gesundheitsaufklärung.

den auch praktischen Ärzten bessere Möglichkeiten zur Verfügung stehen und würden sich durch die Kooperation von Praktikern und Fachärzten wesentliche Fortschritte in Diagnostik und Therapie erzielen lassen.

Tatsache ist doch: Die Anschaffung, Instandhaltung und rechtzeitige Erneuerung von Röntengeräten, eines modernen Laborinstrumentariums und vieler anderer Untersuchungs- und Behandlungsgeräte, die die Voraussetzung für eine ärztliche Versorgung auf der Höhe der derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind, ist heute so kostspielig geworden, daß der einzelne niedergelassene Arzt bei der Finanzierung überfordert ist. Diese teuren Geräte, die noch dazu sehr schnell veraltern, rentieren sich nur noch bei gemeinsamer Benutzung durch mehrere Ärzte.

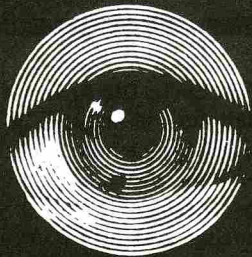
Es stimmt deshalb, wenn wir sagen, daß die Einzelpraxis des niedergelassenen Arztes den zunehmend moderneren medizinischen Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Mit zwei neuen Ärzten, die sich möglicherweise in Zukunft in Mörfelden noch ansiedeln werden, und auf die die SPD-Erklärung tröstend verweist, ist dieses Problem eben nicht aus der Welt geschafft, zumal aus Alters- und Krankheitsgründen sehr schnell Mörfelder Ärzte ihre seitherige Praxis aufgeben können.



Preisverleihung im Waldstadion. DGB-Ortskartellvorsitzender Artur Siegel vergab die Preise für die Sieger des 1. Mai-Ballon-Weit-Fluges.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Erhöhung der Müllgebühren um 236 Prozent

Das Stadtparlament von Mörfelden hat auf seiner letzten Sitzung mit Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die der DKP beschlossenen, die Müllgebühren von derzeit 20,-DM für eine 50-l-Tonne auf 67,20 DM zu erhöhen.

Dieses Thema erhitze in Mörfelden die Stadtverordnetengemüter. Ganz anders als in Gemeinden, in denen keine DKP im Parlament vertreten ist, wie z.B. in Walldorf. Dort ist man sich einig, wenn es um die Abwälzung der Lasten auf den kleinen Mann geht.

So mußten sich in Mörfelden auch alle Redner mit den Argumenten der DKP befassen und man sah es ihnen an, wie schwer sie sich dabei taten.

Das ging soweit, daß man sich in die Zeit des Kalten Krieges versetzt fühlte, als Schmidt (FDP) und Köhler (CDU) sich in antikommunistische Tiraden verstiegen und kaltschnäuzig die DKP in die undemokratische Ecke drängen wollten. Erst auf Zwischenrufe der DKP-Stadtverordneten hin, sah sich Stadtverordnetenvorsteher Oeser veranlaßt, die beiden zur Ordnung zu rufen und darauf hinzuweisen, daß die DKP zu den demokratischen Parteien zählt.

Wenn der SPD-Sprecher Brehl rühmte, daß Mörfelden auch nach der Erhöhung der niedrigsten Gebühren im Kreis hätte, dann ist das doch wohl zweifellos der starken DKP-Opposition und ihrem „blickpunkt“ zuzuschreiben. Ähnliche Ursachen verbergen sich auch dahinter, daß nur zwei Orte im Kreis Groß-Gerau, nämlich Mörfelden und Walldorf, ihre alten 50-l-Tonnen behalten. In allen übrigen Gemeinden werden auf Kosten der Bürger neue

220-l-Mülltonnen angeschafft, was zur Folge hat, daß sich die Gebühr noch drastischer erhöht und die vielen Müllgefäße sowie die Müllboxen unbrauchbar werden. Wie B. Brehl von der SPD erklärte, wäre für Mörfelden eine zehnfache Erhöhung des jetzigen Betrages dabei herausgekommen.

Vielleicht gibt es aber auch Überlegungen, durch die Hintertür weitere Verteuerungen für die Bevölkerung durch zu bringen. Denn in § 10 Abs 5 der von der DKP-Fraktion abgelehnten Müllabfuhrsatzung heißt es: „Die Fest-

Wußten Sie schon ? . . .

daß aufgrund der Neuerschulung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik 60 Milliarden DM in diesem Jahr die Gesamtschuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden die 200-Milliarden-Grenze überschreiten wird ?

setzung der erforderlichen Anzahl von Müllgefäßen und deren Größe erfolgt durch den Magistrat. Er erläßt hierzu Richtlinien. Reichen die aufgestellten Müllgefäße regelmäßig nicht aus, oder lassen sie sich wegen Überfüllung nicht ordnungsgemäß schließen, so sind dem Grundstückseigentümer — auch ohne seinen Antrag — weitere Müllgefäße zuteilen.“

Dieser Passus besagt also, daß vom Magistrat jederzeit weitere Müllgefäße zuteilt werden können, für die dann ebenfalls 67,20 DM zu bezahlen wären.

Außerdem ist nicht auszuschließen, daß nach der im Frühjahr stattfindenden Fusion mit Walldorf und der Kommunalwahl, doch noch die Riesentonnen (220 l) eingeführt werden.

H. Hechler von der DKP-Fraktion erklärte unter anderem zu diesem Tagesordnungspunkt:

Auszug aus der Erklärung der DKP-Fraktion zur Erhöhung der Müllgebühren

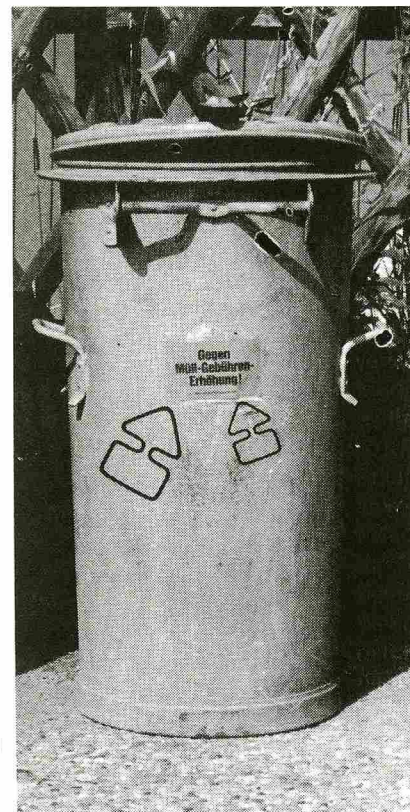
Die Erhöhung der Müllgebühren um 236 Prozent, von 20,-DM auf 67,20 DM pro 50-l-Tonne wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Abgeordneten des Kreistages und des Landtages nicht den Weg des geringsten Widerstandes gegangen wären, und die Kosten für eine zeitgemäße Müllbeseitigung nicht nach unten auf die Ge-

meinden abgewälzt hätten. Diesen SPD-CDU und FDP-Politikern kommt offensichtlich garnichts anderes in den Sinn.

Wir müssen feststellen, daß der Bürger nicht ein Jota mehr an Leistung erhält, wenn er in Zukunft 47,20 DM mehr für eine Mülltonne bezahlt. Weiterhin müssen wir feststellen, daß der Bürger an der Vermehrung des Hausmülls die geringste Schuld trägt, die Verpackungsindustrie aber gewaltige Profite dafür einstreicht. Der Bürger muß zweimal zahlen. Einmal für eine manchmal sinnlose doppelte und dreifache Verpackung, für Einwegflaschen und dergl. und zum Zweiten für die Beseitigung dieses Abfalls.

Nicht nur die Müllgebühren steigen

Die arbeitende Bevölkerung darf nicht weiter belastet werden. Diese Gebührenerhöhung ist ja kein Einzelfall. Aus allen Richtungen kommen Mehrbelastungen auf uns zu. Allein in unserem Haushaltsplan 75/76 sind 9 Gebühren- und Steuererhöhungen vorgesehen, die im Laufe der beiden Jahre dem Bürger serviert werden. All das, sowie die Erhöhung der Fahrpreise um nahezu 40 Prozent durch den FVV und die anderen Preissteige-



Zahlreiche Mörfelder protestierten gegen die Gebührenerhöhung, in dem sie die roten „blickpunkt“-Aufkleber auf ihre Mülltonne klebten

rungen können die Arbeitnehmer mit der Lohn- und Gehaltserhöhung von rund 6 Prozent nicht auffangen.

Dazu kommt, daß 2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter besonders hart davon betroffen sind und bei den noch in Arbeit stehenden ein drastischer Abbau der Sozialleistungen in den Betrieben im Gange ist. Wir sagen als einzige Partei im Parlament und außerhalb der Parlamente: „Die Städte und Gemeinden können in die Lage versetzt werden, für ihre Bürger zeitgemäße soziale Lebensver-

Wußten Sie schon ? . . .

daß die durchschnittliche Schuldenlast der Städte und Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung 1 105 DM beträgt ?

hältnisse und ausreichende soziale kulturelle Einrichtungen zu schaffen, ohne die Kosten in Form von höheren Gebühren und Steuern auf die Bevölkerung abzuwälzen, wenn

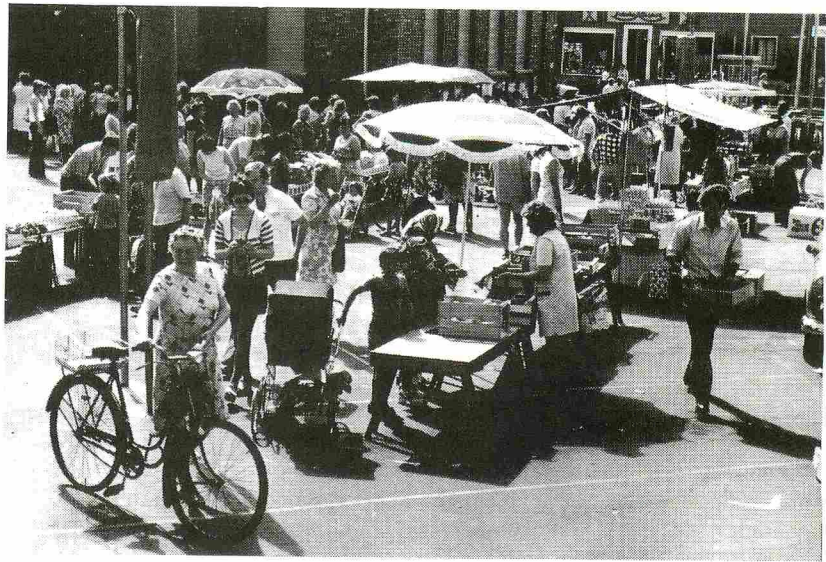
- die Rüstungsausgaben gesenkt;
- die Bodenspekulation, Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Wirtschaftskriminalität unterbunden werden;
- wenn die Kommunen für die Erledigung aller Auftragsangelegenheiten voll entschädigt und

„ . . . aber in der Moskwa wird gebadet “

Eine interessante Diskussion gab es als Stadtverordnetenvorsteher Kurt Oeser, mit dem Hinweis auf, „die Umweltschutzprobleme, die auch der Osten hat“, die Müllgebührenerhöhung rechtfertigen wollte.

DKP-Stadtverordneter Michael Denk, gerade von einer Reise durch die Sowjetunion zurück, antwortete „ . . . aber ich habe vorgestern gesehen, daß tausende Menschen mitten in Moskau in der Moskwa badeten und da gibt es doch auch Industrie am Fluß! Aber dort gibt es eben für die Industrie strenge Vorschriften!“

Man muß dazu sagen, natürlich haben die sozialistischen Länder viele Probleme mit dem Schutz der Umwelt, aber genau so wichtig ist zu wissen: nur in einem sozialistischen System, dann, wenn nicht mehr der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht, können diese Probleme endgültig gemeistert werden.



Der von der DKP initiierte Mörfelder Markt spielt sich langsam ein. Jeden Samstag herrscht reger Betrieb. Es wird gut gekauft, aber was genauso wichtig ist, man trifft Leute, und spricht mal wieder miteinander. Eine Reihe von Problemen sind sicher noch zu lösen. So bemängelten Verkäufer, daß keine Toilette in der Nähe ist (vielleicht ist es möglich, die Toiletten im alten Rathaus samstags freizugeben). Den Wunsch nach einem Imbiß-Stand hörten wir ebenfalls auf dem Markt. Vor allem aber müßten noch mehr Beschicker auf den Markt kommen – vor allem solche die eigene Erzeugnisse anbieten. Beiläufig hörten wir: Nachdem auf dem Markt 10 Eier für 1,50 DM angeboten wurden, gab es beim „in-markt“ einen Preissturz – er bot 10 Stück für 1,25 DM an. – Auch das ist ein kleiner Erfolg des Mörfelder Marktes.

- wenn Bundesregierung und Länderregierungen an den richtigen Stellen Einsparungen vornehmen, bei den Subventionen für großkapitalistische Unternehmen, Subventionen, die viele Milliarden DM jährlich betragen.
- wenn die großkapitalistischen Unternehmen zur Deckung der Kosten kommunaler Aufgaben herangezogen werden.

Auf diese Weise werden auch Mittel frei für Maßnahmen der Städte und Gemeinden zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Der, auf Initiative unserer Fraktion verschickte Brief der Mörfelder Stadtverordneten an den Bundestag den Landtag und an verschiedene Landes- und Bundespolitiker, in dem eine Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden verlangt wurde, war ein Anfang. Die Forderung muß vielstimmig sein und auf breiter Front vorgetragen werden.

Die Bevölkerung muß über die Schwierigkeiten informiert werden. Die schon längst fällige Bürgerversammlung ist deshalb umgehend durchzuführen. Bei einer Befragung durch die DKP haben 85 Prozent der aufgesuchten Bürger mit ihrer Unterschrift bekundet daß sie gegen die vorgesehene Müllgebührenerhöhung und weitere Belastungen durch die Stadt sind. Unsere Fraktion lehnt die beiden Vorlagen ab und bittet die übrigen Fraktionen, sich die Sache nicht zu leicht zu machen. Fordern sie mit uns einen Preisstopp für Gebühren und Tarife, und werden sie nicht selbst zum Preistreiber.

Keine 1200-Jahrfeier

Wie uns Bürgermeister Kurt Bachmann auf Anfrage mitteilte, ist der Magistrat jetzt zur Auffassung gelangt, keine 1200-Jahrfeier von Mörfelden durchzuführen. Eine solche Feier hatte man noch vor einigen Monaten ins Auge gefaßt.

Berufsverbot

Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“ (14.6.75)

„Bereits die Eltern wurden verfolgt“

Die Auseinandersetzung um den sogenannten Radikalenerlaß hat noch einen besonderen Aspekt. Die Maßnahmen treffen zum Teil junge Menschen, deren Eltern bereits unter dem Hitlerregime verfolgt wurden. Ich möchte nur auf folgende Frankfurter Fälle aufmerksam machen.

Die Junglehrerin Anne Kahn entstammt einer Familie, die in die Emigration getrieben wurde. Ihr Vater kämpfte in der französischen Widerstandsbewegung.

Der Vater der Junglehrerin Doris Schwert war als kommunistischer Widerstandskämpfer zehn Jahre im Zuchthaus.

Der Junglehrerin Sylvia Gingold wurde am 1. Juli 1975 das Lehramt mit der lapidaren Begründung entzogen, es sei „bekannt und anerkannt“, daß die DKP, der sie angehört, verfassungsfeindlich sei. Im vergangenen Jahr hat die „Frankfurter Rundschau“ durch ihre Veröffentlichungen dazu beigetragen, daß die Familie Gingold, die im französischen Maquis kämpfte, endlich die Staatsbürgerschaft der BRD erhielt, die man diesen antifaschistischen deutschen Emigranten nachträglich hatte verweigern wollen. Jetzt also soll die junge Frau erneut Repressionen unterworfen werden.

Dem Lehramtsanwärter Gerhard Fisch wurde die Ausbildung als Studienreferendar verweigert, obwohl er sein Staatsexamen mit Auszeichnung bestanden hat. Sein Vater, Walter Fisch, der als Antifaschist in der Schweizer Emigration war, gehörte als Mitglied der Verfassungsberatenden Versammlung des Landes Hessen zu den Schöpfern der Hessischen Verfassung.

Der Sohn soll nun „Verfassungsfeind“ sein, weil er dieselbe Gesinnung wie sein Vater hat?

Es kann nicht verschwiegen werden, daß

unter den Politikern, die heute die Jagd auf angebliche Verfassungsfeinde betreiben, Personen sind, die als NS-Aktivisten in amerikanischer, britischer und französischer Internierung gehalten wurden, als SPD und bürgerlichen Parteien in selbstverständlicher Zusammenarbeit mit den Kommunisten die Verfassung der Bundesländer schufen.

Angesichts der von mir genannten Fälle möchte ich einen Gesetzestext anführen:

„Der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand war ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates.“ So steht im BEG, dem Bundesentschädigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Emil Carlebach,
Stellvertretender Landesvorsitzender
der VVN/Bund der Antifaschisten
Hessen Frankfurt am Main



Vater von Nazis gefoltert, Tochter unter Berufsverbot

Für den jungen Peter Gingold in Aschaffenburg als Sohn jüdischer Eltern geboren, bringt das Jahr 1933 eine schwere Entscheidung. Der junge Kommunist muß die Heimat verlassen, weil sein Leben in Gefahr ist. In Paris setzt er in einem Widerstandskreis deutscher Emigranten den Kampf gegen den Faschismus fort. Hier lernt er auch die Rumäniendeutsche Etty Stein-Haller kennen, die später seine Frau wird. Doch das Glück der jungen Ehe soll nicht lange währen. Peter Gingold wird als Deutscher interniert. Am Tage, als die Hitlerwehrmacht in Paris einzieht, kommt das Töchterchen Alice zur Welt.

Der Vater geht aus der Internierung in die Illegalität. Auch die Mutter kann sich vor der Gestapo in Sicherheit bringen. Deren Häsher suchen von nun an nach dem Kind, um den Vater in ihre Hände zu bekommen, von dem sie wissen, daß er in den Reihen der Resistance kämpft. Doch die kleine Alice ist in Sicherheit. In einem Bauernhaus im Departement Aisne lebt sie als Kind der Bauern.

Im Frühjahr 1943 fällt Peter Gingold in die Hände der Gestapo. Man findet bei ihm Flugblätter der Widerstandskämpfer an deutsche Soldaten und Offiziere. Das kann

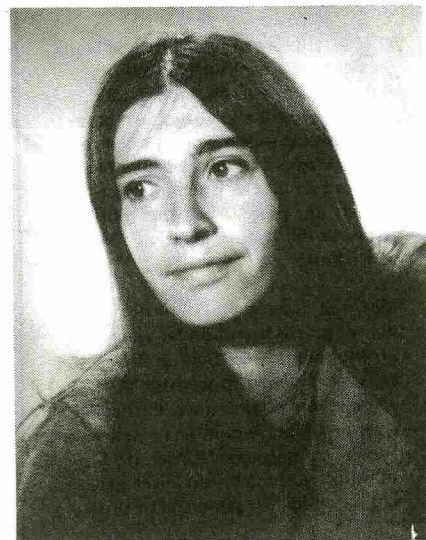
nur den Tod bedeuten. Aber vorher bringt man den Gefangenen, der auch unter grausamster Folter standhaft bleibt, in eine Gegend, in der die Gestapo einen Schlupfwinkel vermutet. Doch die Hoffnung der Mörder auf weitere Opfer wird für Peter Gingold die Möglichkeit zur Flucht.

Dann ist Paris frei, ist Frankreich frei, endet die Nazierrschaft auch in der Heimat. Fast fünf Jahre alt, erfährt die kleine Alice zum erstenmal, wie sie wirklich heißt, können ihre Eltern sie in die Arme schließen. Das zweite Kind, Sylvia, kommt in Frankfurt zur Welt, in einem Land, aus dem die finsternen Schatten der Vergangenheit vertrieben sind. So hofften es die Gingolds und viele andere Menschen, die zwölf Jahre lang Opfer der Nazidiktatur waren.

Auf einer Großveranstaltung gegen die Berufsverbote am 5. Juni 1975 in Frankfurt meldet sich eine kleine Frau zu Wort, der man ansieht, daß das Leben für sie kein Spaziergang war. Sie klagt die hessische Landesregierung an, die ihrer Tochter verbietet, als Lehrerin tätig zu sein, weil sie Mitglied der DKP ist. Erschüttert hören die Menschen im Saal ihre Frage: „Muß auch meine Tochter jetzt in Emigration gehen, um ihren Beruf ausüben zu können?“ Es ist Etty Gingold und sie spricht von ihrer Tochter Sylvia. Sie nennt einen Richter beim Namen, auf dessen Urteil sich die Landesregierung bei der Rechtfertigung ihrer Berufsverbote stützt. Es ist der ehemalige Nazirichter Chapeaurouge, der Unrechtsurteile wegen „Rassenschande“ gefällt hat.

Das Berufsverbot gegen die junge Lehrerin Sylvia Gingold ist nicht der einzige Fall. Aber er macht besonders deutlich: Berufsverbote, das ist Antikommunismus, der an Hysterie grenzt.

Sylvia Gingold



Gesamtschule - wer ist dagegen?

Die tiefe Krise des Kapitalismus widerspiegelt sich in allen Bereichen der Gesellschaft. Überall erweist sich das Monopol und Rüstungskapital als entscheidender Hemmschuh und Hauptinitiator des Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten, so auch im schulischen Bereich. Unser Land steckt aufgrund einer langjährigen Politik der Monopolprofite in einer tiefen Bildungsmisere. Die Hauptverantwortung dafür tragen CDU und CSU, die diese Politik 20 Jahre gegen die Interessen der Bevölkerung durchgesetzt haben. Diesen Parteien verdanken wir Zwergschulen und Numerus Clausus, Lehrermangel und Schulraumnot, die Nichtbewilligung der erforderlichen Mittel und die reaktionären Bildungsinhalte. In herrlicher Eintracht fordern heute die Militaristen und Sachwalter des Großkapitals von Genscher und Leber bis zu Strauß und den Maoisten mehr für die Rüstung, Stärkung der Nato auf Kosten der Bildung und natürlich des gesamten sozialen Bereichs.

Ursachen der Entwicklung im Bildungswesen der BRD

Die Widersprüche, in denen sich unser Land befindet, sind vor allem: 1. Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wissenschaftlich technischen Entwicklung und der Rückständigkeit des Bildungswesens der BRD. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung hat unser Land international bereits auf vielen Gebieten weit zurückgeworfen. Weil die qualifizierten Kräfte hierfür aus einer sozial privilegierten Minderheit ausgewählt werden und nicht die breite Masse dazu erzogen und geschult wird, eine bessere Bildung zu genießen, kann auf diese Art und Weise nie die ganze Schöpferkraft des Volkes zur Geltung kommen. 2. Hinzu kommt, daß die Bewegung der Schüler und Studenten, der Lehrlinge und jungen Arbeiter, der Lehrer, Eltern, der Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen für eine demokratische Bildungspolitik immer mächtiger geworden ist. Da außerdem die Überlegenheit der DDR im Bildungswesen besonders anschaulich ist, ist auf diesem Gebiet der Druck der Systemkonkurrenz auch besonders stark.

Von Beginn an ohne Chance?

Die Gesamtschule, die zur Lösung aller Probleme im Bildungssektor ein Schritt nach vorn gewesen wäre, wird systematisch untergraben. So wird vom Wettbewerb zwischen dem herkömmlichen und dem neuen Schulsystem gesprochen, dabei aber der Gesamtschule durch Benachteiligung aller Art sogleich jede Chance zur Bewährung genommen.

Lehrermangel

Der Berechnungsmodus für die Lehrerstellen der 5. und 6. Klassen setzt bei Gymnasien

auf 20 Schüler eine Lehrkraft, auf der Gesamtschule 22,4:1. Dabei ist der Unterricht auf der Gesamtschule in Klasse 7 - 10 wesentlich differenzierter, weil er auf Kurssystem beruht und viel Experimentalunterricht bietet, für den eine Klassenstärke von höchstens 16-20 Schülern vorgeschrieben ist. Es werden auf der Gesamtschule also wesentlich mehr Lehrer benötigt. Hinzu kommen noch Benachteiligungen, was das Gebiet der Ermäßigungen für Koordinationen u.ä.m., so daß der Lehrermangel die Gesamtschule von vorn herein viel härter trifft als jede andere.

Nach dem derzeitigen gültigen Berechnungsmodus für Lehrstellen würden in Mörfelden insgesamt 95 Stellen gebraucht, aber nur 74 wurden zugewiesen, das sind 22 % zu wenig, wie selbst nach offiziellen Angaben erforderlich. Dazu kommt noch, daß der Berechnungsmodus schon sehr knapp angesetzt ist. Um die Klassenstärke auf 30 halten zu können, bedeutet dies weitere Unterrichtskürzungen im nächsten Schuljahr besonders bei den Naturwissenschaften, aber auch im musischen Bereich. Und all dies bei 2 000 arbeitslosen Lehrern in Hessen. Aber lieber verhängt man über demokratische Lehrer Berufsverbote, um die reaktionären Lehrinhalte zu konservieren und lieber spart man den Lohn und das Geld für die Einrichtung von Arbeitsplätzen für 2 000 Menschen zur Verbesserung der Bildungssituation unserer Jugend, als daß man den Rüstungsetat kürzt oder die Monopolprofite anrührt.

Hinzu kommen andere Schwierigkeiten, z.B. daß der Schulleitung erst sehr spät (am 21. Juli) bekannt wird, welche Fachrichtung die zugewiesenen Lehrer haben und wie viele es konkret sind. Deswegen wird in den ersten zwei Wochen wieder nur mit halber Kraft unterrichtet, werden können, weil der Stundenplan nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Die Mediothek und die technischen Anlagen, wie zum Beispiel die AV-Anlage, können nicht oder nur beschränkt benutzt werden, weil das entsprechende Personal fehlt. Im ganzen Kreis Groß Gerau gibt es einen AV-Techniker für alle Schulen, also zur Wartung und auch zum Teil zur Bedienung bestimmter Einrichtungen in den Schulen.

Das Fach Polytechnik kann überhaupt nicht angeboten werden, weil es an den Hochschulen dafür keine ausreichende Prüfungsordnung gibt. In großer Anstrengung haben die Lehrer hier in Eigeninitiative an unserer Gesamtschule trotzdem einige Voraussetzungen geschaffen. So werden nebenher angeboten: a) technischer Bereich: technisches Zeichnen, Modellieren, Fischertechnik, Fertigungstechniken; b) kaufmännischer Bereich: Maschinenschreiben, Steno, Buchführung, Anfänge der Betriebswirtschaftslehre; c) Sozialer Bereich: textiles Werken,

Krankenpflege, Kinderpflege, Heilgymnastik. Bisher haben sich auch noch keine Firmen gefunden, die eine Patenschaft für Berufspraktikanten zu übernehmen bereit sind, schließlich bringt das natürlich auch keinen Profit.

Fehlplanung?

In der Gesamtschule sind, laut Plan, Räumlichkeiten für 1 800 Schüler vorgesehen. Sie reichen aber nicht einmal für jetzt 1 600, denn die Schule ist bereits heute zu klein. Da bis zum Schuljahr 76/77 aber mit 1 800 Schülern gerechnet wird, gibt es ein Fiasko, wenn bis dahin nicht wenigstens ein Zusatzbau mit 20 Sälen und Verwaltungsräumen errichtet ist. Inzwischen wurde außerdem festgestellt, daß man eine Schule nicht endlos erweitern kann, sondern daß eine Betriebsgröße von ca 1 200 Schülern die größte sinnvolle Zahl für schulische und verwaltungstechnische Zwecke darstellt weswegen der Neubau einer weiteren Sekundarstufe I angebracht wäre.

In Hessen ist die Anzahl, aufgrund der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP der Gesamtschulen festgelegt. Dies nimmt die FDP zum Anlaß, einen Schulneubau nicht zuzustimmen, sondern nur einer Erweiterung zu einer additiven Gesamtschule; zu deutsch: Wiedereinführung des althergebrachten Dreiklassen-Schulsystems unter dem Namen Gesamtschule. Zur Zeit liegt aber überhaupt noch keine Baugenehmigung auf dem Tisch.

Das Raumproblem verhindert auch, daß die Kinder einen Klassenraum haben und ständig wandern müssen. Weil zu wenig Lehrer da sind und unterrichtstechnisch nur noch Deutsch und Gesellschaftswissenschaftslehrer in der Lage sind, Klassenlehrer zu machen, müssen diese jeweils 2 Klassen betreuen statt bisher einer. Da die Eltern wählen können, zwischen Gymnasium und Förderstufenunterricht, schickt ein Teil ihre Kinder nach Darmstadt oder Frankfurt auf die Schule. Das sind etwa 6 % in Mörfelden und 23 % in Walldorf. Dazu kommt, daß während der Ausbildungszeit ein Teil der besten Schüler aufs Gymnasium geschickt wird, so daß zum Schluß anstatt 20 % nur ca. 10 % ihr Abitur machen und die Gesamtschule so ein einem schlechten Licht erscheint.

Das Ende der großangekündigten Reform?

Das Ziel der Gesamtschule, besonders den sozial behinderten Kindern gute Bildungsmöglichkeiten zu bieten, sie fördern zu können, ihre schlechteren Voraussetzungen auszugleichen, zu bewirken, daß auch sie Abitur machen, wird mit allen Mitteln versucht zu unterminieren. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse soll erhalten bleiben. Die Monopole brauchen keine gescheiterten Kinder wenig begüterter Leute, sondern solche, die in der Industrie eine billige Arbeitskraft abgeben. Die Politik in diesem Sinne hat unter 20 Jahren CDU geradewegs in die Bildungsmisere geführt und unter SPD/FDP inzwischen an die letzte Stelle unter allen Industriestaaten. Eltern, Lehrer, Schüler müssen sich zusammen tun und für die demokratischen und fortschrittlichen Inhalte und ihren Ausbau in unserem Schulsystem eintreten, das ist der richtige Weg, um die Krise im Schulwesen zu stoppen.



Jeden Samstag verkaufen wir die UZ (die einzige vom Großkapital unabhängige Tageszeitung) auf dem Rathausplatz. Richtig informiert sein heißt, auch über die Arbeiterpartei DKP informiert zu sein. Holen Sie sich deshalb einmal die UZ, oder nehmen Sie am Informationsstand den jeweils neuesten „blickpunkt“ mit.



Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die wegfahren und denen die daheim bleiben, wünschen wir schönes Wetter und gute Erholung.

Die „blickpunkt“-Redaktion



Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Säuglingssterblichkeit ein Skandal

Alarmierend und beschämend ist für die Bundesrepublik die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit.

Auf dem Düsseldorfer Kongreß „Medica 74“ erklärte der Gynäkologe Dr. Bräutigam, daß die hohe Säuglingssterblichkeit in den nächsten Jahren kaum zurückgehen wird. Mehr als 17.500 Neugeborene sterben jährlich in der Bundesrepublik während oder kurz nach der Geburt. Mit diesen hohen Zahlen sterben im Vergleich zu Luxemburg, Holland, Dänemark und Großbritannien in unserem Land doppelt soviel Neugeborene.

Seit Jahren wird von den Gewerkschaften ein erweiterter Mutterschutz, von Medizinern und dem Ärztekongreß 1969 eine bessere Betreuung der Frauen während der Schwangerschaft und die Behebung der Mißstände in der Geburtenhilfe gefordert. Doch Abhilfe, notwendige Maßnahmen werden in diesem hochindustrialisierten und reichen Lande nicht getroffen. Im Gegenteil. In der Regierungsdebatte zum Internationalen Jahr der Frau am 30.1.75 erklärte Frau Eilers (SPD), daß die Kolleginnen und ihre Gewerkschaften ihre Erwartungen nicht zu hoch schrauben sollten, denn die bestehenden Mutterschutzfristen könnten nicht erhöht werden.

Die Deutsche Kommunistische Partei

fordert in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des DGB in den Vorschlägen der DKP für eine demokratische Frauenpolitik Maßnahmen, die der hohen Mütter- und Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Einhalt gebieten könnten.

- Verlängerung der Schutzfristen auf 20 Wochen.
- Gesetzliches Verbot von Fließband- und Akkordarbeit für Schwangere, bei vollem Lohnausgleich.
- Absoluter Kündigungsschutz für werdende Mütter, auch im Ausbildungsverhältnis.
- Sofortige Einführung einer Höchstarbeitszeit von sieben Stunden täglich und 35 Stunden wöchentlich für werdende und stillende Mütter, bei vollem Lohnausgleich.
- Die Freistellung von fünf Tagen bei Erkrankung eines Kindes unter acht Jahren ist auf mindestens 14 Tage im Jahr zu erhöhen; die dafür festgelegte Altersgrenze des Kindes ist auf 14 Jahre heraufzusetzen.
- Möglichkeit eines Sonderurlaubs von 18 Monaten nach der Schutzfrist einer Entbindung bei Sicherstellung des Arbeitsplatzes, der Rentenanrechnung und einer staatlichen, finanziellen Unterstützung.